



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und
Organisation
am 04.12.2024
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

| | |
|-----------------------------|--------------------------------------|
| Abg. Ernst Behrens | |
| Abg. Nico Burfeind | |
| Abg. Thomas Busch | |
| Abg. Reinhard Bussenius | Vertretung für Abg. Stefan Klingbeil |
| Abg. Henning Cordes | Vertretung für Abg. Robert Abel |
| Abg. Wolfgang Harling | |
| Abg. Ina Helwig | Vertretung für Abg. Tobias Koch |
| Abg. Marco Körner | |
| Abg. Detlef Kück | |
| Abg. Volker Kullik | Vertretung für Abg. Nils Bassen |
| Abg. Günter Scheunemann | |
| Abg. Bernd Sievert | |
| Abg. Dirk-Frederik Stelling | |

Verwaltung

Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Herr Marco Groth (Amt 10)
Herr Rainer Bruns (Amt 20)
Frau Christina Schultz (Amt 15)
Herr Brian Hüttner (Amt 12)
Herr Sebastian Roy (Personalratsvorsitzender)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 30.10.2024
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.09.2024: Ausbau einer Ladeinfrastruktur für E-Bikes und Errichtung von Reparaturstationen
Vorlage: 2021-26/0776
- 6 Haushaltsplan 2025; hier: Beratung der Produkte der Teilhaushalte 1 und 9
Vorlage: 2021-26/0850
- 7 Entwurf des Stellenplans 2025 und der Stellenübersicht 2025 für den Nettoeregietrieb Abfallwirtschaft
Vorlage: 2021-26/0846
- 8 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025 und Stellenplan 2025
Vorlage: 2021-26/0848
- 9 Unterrichtung über eine Eilentscheidung nach § 89 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0849
- 10 Antrag der SPD-Fraktion vom 14.11.2024: Gründung einer kommunal getragenen Gesellschaft für erneuerbare Energien
Vorlage: 2021-26/0854
- 11 Vorstellung Planungen Liegenschaft Am Pferdemarkt
Vorlage: 2021-26/0853
- 12 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Harling eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss damit beschlussfähig sei.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungswünsche, sie wird einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 30.10.2024**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 30.10.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 9 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 4 |

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Frau Dr. Fricke weist auf die Fertigstellung des Neubaus der Berufsbildenden Schulen Bremervörde hin. In der nächsten Woche wird dort eine Einweihungsfeier stattfinden. Sie bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die Bereitstellung der Gelder. Über die Website der BBS präsentiert sie einen Imagefilm über die neuen Räumlichkeiten. <https://bbsbrv.de/>

Punkt 5 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.09.2024: Ausbau einer Ladeinfrastruktur für E-Bikes und Errichtung von Reparaturstationen
Vorlage: 2021-26/0776**

Abg. Sievert begründet den Antrag seiner Fraktion. In der Bevölkerung würden immer mehr E-Bikes genutzt, an Lademöglichkeiten mangle es allerdings. Deshalb solle an kreiseigenen Liegenschaften wie bspw. Schulen begonnen werden, entsprechende Ladestationen aufzubauen. Zugleich würde es auch dem Tourismus zu Gute kommen. Er weist auf den geänderten Beschlussvorschlag im Vergleich zur Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hin, wonach nun der Landkreis die Anschaffung mit 75 % bezuschussen, maximal aber mit 3.000 € je Projekt und 25.000 € pro Jahr fördern solle. Eine Überprüfung der Förderung solle alle drei Jahre erfolgen.

Abg. Stelling weist auf die Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hin. Demnach würden die meisten Menschen ihre E-Bikes zu Hause laden. Man könne sich höchstens an touristischen Punkten solche Ladestationen vorstellen. Vor dem Hintergrund der Bürokratie in Deutschland möchte er jedoch darauf hinweisen, dass eine Förderrichtlinie erarbeitet werden müsste, es würden Mitarbeiter für die Bearbeitung gebunden und offene Fragen, z. B. nach Rückforderungen müssten beantwortet werden. Selbst nach Änderung des Beschlussvorschlages lässt der diesjährige Haushalt eine Investition in Höhe von 25.000 Euro nicht zu, es sei auch keine Aufgabe des Landkreises. Die Mehrheitsgruppe werde sich gegen den Antrag aussprechen.

Abg. Körner begrüßt den Antrag. Der Tourismus sollte gefördert werden. Zu den technischen Anforderungen gäbe es noch Beratungsbedarf. Da es unterschiedliche Ladestecker gäbe, sollte mit dem eigenen Ladegerät geladen werden können.

Vorsitzender Harling lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Landkreis Rotenburg bezuschusst die Anschaffung und Installation von Fahrradladeeinrichtungen an öffentlich zugänglichen Einrichtungen mit 75 %, maximal aber mit 3.000 Euro je Projekt und 25.000 Euro pro Jahr. Eine Überprüfung der Förderung erfolgt alle drei Jahre.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: 0

Damit wurde für den Antrag Ablehnung empfohlen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2025; hier: Beratung der Produkte der Teilhaushalte 1 und 9**
Vorlage: 2021-26/0850

Vorsitzender Harling ruft die einzelnen Teilhaushalte auf und erkundigt sich, ob es noch Gesprächsbedarf gäbe. Dies ist nicht der Fall.

Abg. Stelling verlässt den Sitzungsraum.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2025 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Abg. Stelling nimmt wieder an der Sitzung teil.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Entwurf des Stellenplans 2025 und der Stellenübersicht 2025 für den Nettoregiebetrieb Abfallwirtschaft**
Vorlage: 2021-26/0846

Frau Dr. Fricke gibt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) einen Überblick über die Stellenveränderungen im nächsten Jahr. Es ergäbe sich ein Mehrbedarf von 33,36 Stellen (ohne den Abfallwirtschaftsbetrieb) und Kostensteigerungen von rd. 2,8 Mio. Euro im nächsten Jahr. Dies sei zum einen den Tarifsteigerungen geschuldet, die im nächsten Jahr wirksam werden. Zum anderen gäbe es immer neue Aufgaben vom Land, für die zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen. Im Dezernat III habe beispielsweise in vielen Bereichen eine deutliche Fallzahlsteigerung stattgefunden, die Abarbeitung der Fälle sei mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu schaffen. Im Dezernat IV seien beispielsweise die Musikschullehrer und –lehrerinnen bisher auf Honorarbasis beschäftigt gewesen. Dies sei nun nicht mehr möglich, so dass sie fest angestellt und in den Stellenplan mit aufgenommen werden mussten.

Vorsitzender Harling fragt nach der Ursache der Kostensteigerung für die Mitarbeiter der Kreismusikschule.

Abg. Stelling erklärt, durch die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis würden Sozialversicherungsbeiträge anfallen, die vorher nicht vorhanden waren.

Abg. Kullik möchte wissen, ob die abgelehnte Aufgabenübertragung vom LK zum Land zur Antibiotikaüberwachung den steigenden Aufgaben nicht widersprechen würde.

Frau Dr. Fricke sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu.

(Antwort: Bei den Kontrollen ist es fachlich und organisatorisch sinnvoll, die allgemeine Tierarzneimittelüberwachung und die Überwachung der Antibiotikaaanwendung mit der Überprüfung von Maßnahmenplänen nach identifizierter erhöhter Antibiotikaaanwendung gleichzeitig wahrzunehmen. Zudem ist die Verabreichung von Tierarzneimitteln inklusive Antibiotika eng verzahnt mit Aspekten der Tiergesundheit, des Tierschutzes und der Lebensmittelsicherheit sowie Milchhygiene. Für diese Aufgabenbereiche ist das Veterinäramt zuständig, so dass es auch deshalb sowohl fachlich als auch organisatorisch sinnvoll ist, die Überwachung durch den Landkreis wahrnehmen zu lassen.)

Abg. Körner fragt, wie realistisch eine Besetzung der offenen Stellen mit Bewerbern sei.

Frau Dr. Fricke antwortet, dies sei nicht immer leicht und hänge oftmals von der Tätigkeit ab. Einige Stellen mussten mehrfach ausgeschrieben werden, es werde alles probiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Harling** über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Stellenplan 2025 sowie die Stellenübersicht 2025 für den Nettoregiebetrieb Abfallwirtschaft werden dem Kreisausschuss in der vorliegenden Form zur Beschlussfassung mit dem Haushaltsplan 2025 empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 9 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 4 |

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025 und Stellenplan 2025**
Vorlage: 2021-26/0848

Frau Dr. Fricke gibt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) die Veränderungen des Haushaltsentwurfs nach den Beratungen in den Fachausschüssen bekannt. Der Haushaltsplan schließe nun mit einem Ergebnis von minus 26,7 Mio. Euro ab. Dies sei dramatisch, so eine schlechte Lage sei noch nie vorgekommen. Die größten Steigerungen seien im Jugendamt zu verzeichnen. Ebenso schlage das Krankenhaus Bremervörde mit einem Defizit von 10,2 Mio. Euro zu Buche und es kämen weniger Schlüsselzuweisungen. Es müssten mehr Kredite aufgenommen werden, um die Liquidität zu begleichen.

Frau Dr. Fricke trägt das Ergebnis der Anhörung der Hauptverwaltungsbeamten zum Thema Kreisumlage vor. Die Gemeinden haben vergleichbare Probleme, doch eine Absenkung der Kreisumlage sei nicht möglich, es bliebe bei 44 Prozentpunkten. Hierüber bestand im Ergebnis Einvernehmen.

Vorsitzender Harling fragt nach dem aktuellen und zukünftigen Schuldenstand des Landkreises.

Frau Dr. Fricke antwortet, nachdem dieser Anfang des Jahres noch bei 20 Mio. Euro gelegen hätte, läge er im Moment bei 60 Mio. Euro, Ende nächsten Jahres werde der Schuldenstand voraussichtlich bei 100 Mio. Euro liegen.

Abg. Kullik regt an, die abgelehnten Anträge aus dem Ausschuss Sport und Kultur zum „Matjesfest in Zeven“ und „Heimatgenuss Rotenburg“ doch noch zu fördern.

Abg. Stelling meint, dass man die Gesamtlage betrachten und eine Gleichbehandlung herbeiführen müsste. Er stimme ebenfalls dafür, diese beiden Feste im nächsten Jahr einmalig zu fördern.

Gleichwohl müsse man sich im ersten Halbjahr des nächsten Jahres mit der Förderrichtlinie beschäftigen.

Vorsitzender Harling stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

1. die Stadt Rotenburg erhält für die Veranstaltung „Heimatgenuss 2025“ bis zu 20% der zuwendungsfähigen Kosten, jedoch nicht mehr als 10.380 €,
2. der Verein Pro Zeven e.V. erhält für die überregionale Veranstaltung „Zevener Matjesfest“ 2025 bis zu 20% der zuwendungsfähigen Kosten, jedoch nicht mehr als 1.804,00 €,

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Abs. Sievert gibt zu verstehen, dass seine Fraktion sich beim Beschluss über die Haushaltssatzung 2025 enthalten werde. Es bestehe noch Diskussionsbedarf bezüglich der stark gestiegenen Mehrausgaben seit der letzten Sitzung. Seiner Meinung nach müssten noch Sparideen entwickelt werden, man gehe sehenden Auges in das Minus. Eine Möglichkeit könnte die Erhöhung der Kreisumlage sein.

Abg. Stelling erklärt, er könne die Bedenken sehr gut verstehen. Allerdings müsse ein Haushalt beschlossen werden. Andere Nachbarlandkreise würden die Kreisumlage erhöhen, er wisse nicht, wie das Defizit ausgeglichen werden solle. Die Aufgaben, die der Bund und das Land dem Landkreis aufgetragen hätten, müssten reduziert werden. Der einzige Lösungsansatz, um das Defizit zu bekämpfen, sei eine Steuererhöhung, das komme beim Bürger nicht gut an.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Erlass der Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 und dem Stellenplan 2025 sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 9 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 4 |

Punkt 9 der Tagesordnung: **Unterrichtung über eine Eilentscheidung nach § 89 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0849

Frau Dr. Fricke erklärt, für welche Zwecke außerplanmäßige Auszahlungen auf den Weg gebracht worden sind. Dies sei zum einen ein Betrag in Höhe von 154.000 Euro für die Einführung der Telenotfallmedizin. Der zweite Betrag in Höhe von 313.000 Euro sei für die Fertigstellung des zu beschaffenden Rüstwagens der Kreisfeuerwehr vorgesehen.

Der Ausschuss nimmt von der Eilentscheidung Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.11.2024: Gründung einer kommunal getragenen Gesellschaft für erneuerbare Energien**
Vorlage: 2021-26/0854

Abg. Helwig bringt den Antrag ihrer Fraktion ein. Nach der Neuaufstellung des RROP ist der Landkreis Rotenburg verpflichtet, 4 % seiner Flächen für erneuerbare Energien zur Verfügung stellen. Die Aufstellung von zusätzlichen Windkraftanlagen bedeute immense Einschnitte in die Natur und Belastung für die Bevölkerung. Um die Bürger bei diesen Vorhaben zu beteiligen, werde die Gründung einer kommunal getragenen Gesellschaft vorgeschlagen. Dabei wird der Landrat gebeten, das Gespräch mit den Bürgermeister zu suchen, um eine eventuelle Bereitschaft zur Mitwirkung abzuklären.

Abg. Stelling begrüßt den Antrag. Es stelle sich allerdings die Frage, ob eine Beteiligung seitens der Kommunen rechtlich überhaupt möglich sei. Hierzu möchte er eine Ergänzung zum Beschluss vorschlagen, damit dies verbindlich geklärt werden könne. Er trägt einen Vorschlag für eine neue Ziffer 3 des Antrages vor.

Abg. Kullik bedankt sich bei den anderen Fraktionen für die erfolgte gute Zusammenarbeit.

Abg. Körner kann den Antrag unterstützen.

Vorsitzender Harling gibt den Antrag mit der Ergänzung zu Nr. 3 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Landrat wird beauftragt, die Gründung einer kommunal getragenen Gesellschaft für erneuerbare Energien zu prüfen, welche zukünftig die Beteiligung von Kommunen an Projekten im Bereich der Energiewende unterstützen, fördern und abbilden könnte.
2. Der Landrat wird gebeten, das Gespräch mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der 13 Verwaltungseinheiten des Landkreises sowie deren Mitgliedsgemeinden zu suchen, um
 - a. offene Fragestellungen und Unterstützungsbedarf beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu klären und
 - b. die Bereitschaft zur Mitwirkung als potenzielle Anteilseigner an einer solchen Gesellschaft abzufragen.
3. Der Landrat wird beauftragt, mit der niedersächsischen Landesregierung, insbesondere dem Innenministerium als Kommunalaufsicht, verbindlich zu klären, inwieweit die Beteiligung von Kommunen an Projekten der erneuerbaren Energien über den Kernhaushalt bzw. eine neue Gesellschaft tatsächlich erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 11 der Tagesordnung: **Vorstellung Planungen Liegenschaft Am Pferdemarkt**
Vorlage: 2021-26/0853

Frau Dr. Fricke stellt mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) die Planungen für den Umzug einiger Ämter in die neue Liegenschaft Am Pferdemarkt vor. Dabei wurden verschiedene Aspekte wie Attraktivität als Arbeitgeber, Zusammenarbeit bestimmter Ämter, Nutzung von Dienstfahrzeugen, Nähe zum Landrat sowie Sicherheitsfragen berücksichtigt. Im Ergebnis sei festzustellen, dass die Ämter Sozialamt, Jugendamt, Ordnungsamt, Amt für Abfallwirtschaft und Amt für Digitalisierung und IT am besten geeignet seien, in das Gebäude am Pferdemarkt umzuziehen. Der Zeitplan sehe einen Rahmen von knapp 2 Jahren vor, das 45 Jahre alte Gebäude werde zunächst grundsaniert und den gemeinsamen besprochenen Anforderungen entsprechend umgebaut.

Abg. Helwig fragt, ob auch familienfreundliche Büros eingerichtet werden, für den Fall, dass Arbeitnehmer ihre Kinder mit zur Arbeit bringen müssen. **Frau Dr. Fricke** antwortet, dies werde mit eingeplant.

Vorsitzender Harling findet das Projekt innovativ und spricht dafür Lob aus. Dem folgen alle Abgeordneten.

ENTWURF

Keine.

Vorsitzender
(Harling)

Kreisrätin
(Dr. Fricke)

Protokollführer
(Trau)

ENTWURF